



Informationen zum Beschluss der Vertretungskörperschaft über die kommunale Einbindung des Mehrgenerationenhauses

zur Vorlage im Antragsverfahren

zum Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander - Füreinander des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Das BMFSFJ fördert im *Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander* vom 01.01.2021 bis 31.12.2028 Mehrgenerationenhäuser im Wege einer Festbetragsfinanzierung mit grundsätzlich bis zu 40.000,00 Euro jährlich (siehe Förderrichtlinie vom Mai 2020¹). Das Bundesprogramm ist Bestandteil des gesamtdeutschen Fördersystems, mit dem der Bund gleichwertige Lebensverhältnisse – also gute Entwicklungsmöglichkeiten und faire Teilhabechancen – für alle Menschen in Deutschland, unabhängig von ihrem Wohnort, herstellen will.

Eine Voraussetzung für die Förderung eines Mehrgenerationenhauses im Bundesprogramm ist die Vorlage eines Beschlusses der Vertretung der kommunalen Gebietskörperschaft (Vertretungskörperschaft des Landkreises, der Stadt oder Gemeinde), in der das Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses liegt beziehungsweise die das Mehrgenerationenhaus kofinanziert.

Der Beschluss enthält das **Bekenntnis der Kommune zum Mehrgenerationenhaus und die Aussagen, dass das Mehrgenerationenhaus**

1. in die kommunalen Aktivitäten zur Schaffung guter Entwicklungschancen und fairer Teilhabe-möglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger eingebunden wird

sowie

2. weiterhin in die kommunalen Planungen bzw. Aktivitäten zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses eingebunden wird.

Der Beschluss der Vertretungskörperschaft muss mit der Antragstellung (bis zum 30.09.2020) vorgelegt werden. Sollte innerhalb der Programmlaufzeit ein den ursprünglichen Beschluss abändernder Beschluss gefasst oder der vorhandene Beschluss ganz oder teilweise aufgehoben werden, so ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, hierüber unverzüglich das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) zu informieren. Die Kommune unterrichtet in solchem Falle unverzüglich den Zuwendungsempfänger.

¹ Abrufbar unter <http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/>

MGH-Nr.: 173

Der Beschluss ist als Anlage beigelegt.

Für den Fall, dass innerhalb der Programmlaufzeit ein den ursprünglichen Beschluss abändernder Beschluss gefasst oder der vorhandene Beschluss ganz oder teilweise aufgehoben wird, wird die Kommune den Zuwendungsempfänger hierüber unverzüglich informieren, damit dieser wiederum seiner Informationspflicht gegenüber dem Zuwendungsgeber nachkommen kann.

Universitätsstadt Tübingen
Name der Kommune

Tübingen, 08.09.2020
Ort/Datum

Luiza Köberlein, Leiterin Stabsstelle Gleichstellung und Integration
Name der/des Unterzeichnenden, Funktion

Universitätsstadt Tübingen
Gleichstellung und Integration
Postfach 2540
72015 Tübingen

Köberlein
Rechtsverbindliche Unterschrift, Stempel der Gebietskörperschaft

Universitätsstadt Tübingen

Niederschrift über die
Sitzung des Verwaltungsausschusses
Verhandelt am 23.07.2020

Öffentlich!

Anwesend: Der Vorsitzende und 18 Mitglieder, Normalzahl: 18 Mitglieder

§ 1043.

Zuschuss Interkulturelles Mehrgenerationenhaus InFö e.v.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt dem Gremium die Beschlussvorlage 170/2020 der Verwaltung vor. Sie befindet sich im Vorlagenband. Der Beschlussantrag lautet:

„Beschlussantrag:

1. Der Verein InFö e.V. erhält eine Zusage zur Ko-Finanzierung des Interkulturellen Mehrgenerationenhauses über die Jahre 2021-2028 unter dem Vorbehalt einer Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Der jährliche städtische Zuschuss beläuft sich auf 10.000 €. Grundlage für die Zuschussgewährung der Freiwilligkeitsleistung ist die jeweils beschlossene Haushaltssatzung.
2. Die Stadt bekennt sich zur Zusammenarbeit mit dem Mehrgenerationenhaus insbesondere bei der Integration und Förderung von Teilhabechancen von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: Ergebnishaushalt		lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsar- ten	HH-Plan 2020	Folgejahre
DEZ00 THH_1 002	Dezernat 00 OBM Boris Palmer Kommunale Steuerung u. Innere Verwaltung Gleichstellung und Integration			EUR	
1114-002 Zentrale Funktionen		17	Transferaufwendungen <i>davon für diese Vorlage</i>	-556.050	10.000

Für das Mehrgenerationenhaus werden in den Jahren 2021 bis 2028 jährlich 10.000 Euro im Teilhaushalt 1 in den Transferaufwendungen, Produktgruppe 11.14-002 bereitgestellt.“

Ein Sachvortrag und eine Diskussion werden nicht gewünscht.

Abstimmung:

Der Beschlussantrag aus Vorlage 170/2020 wird vom Verwaltungsausschuss **einstimmig beschlossen**.

Auszug an:
Fachbereich Finanzen

§ 1043 abgeschlossen
z.B.

Niederschriftsführerin